

5077/J XX.GP

## ANFRAGE

der Abgeordneten Gaugg  
und Kollegen  
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
betreffend Maßnahmen zur Förderung "nicht - marktfähiger Arbeit"

Laut APA - Presseaussendung vom 24. August 1998 hat die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales diverse Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angekündigt.

Dazu gehört die Absicht, "nicht - marktfähige Arbeit" finanziell (zu) fördern". Gemeint seien damit "gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Tätigkeiten, für die sich bisher niemand gefunden hat und die auch zur Bestreitung des Lebensunterhaltes nicht ausreichend bezahlt werden". Durch bestimmte Projekte, über die "nachzudenken und ein Modell auszuarbeiten" sein werde, sollen Arbeitslose die Chance bekommen, wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Weiters soll ein besonderer Kündigungsschutz für Arbeitnehmer im Arbeitsverfassungsgesetz verankert werden.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachstehende

### Anfrage:

1. Welche Schritte zur finanziellen Förderung "nicht - marktfähiger Arbeit" sind in Ihrem Ministerium konkret geplant?
2. Wodurch begründen Sie die Absicht Ihres Ministeriums, zusätzlich zu den derzeit ohnehin schon der Erledigung harrenden Tätigkeiten, deren Aufarbeitung der Markt nicht leistet, auch noch weitere "nicht - marktfähige Arbeit" finanziell zu fördern?
3. Welchen Zeitrahmen sieht Ihr Ministerium für die Ausarbeitung der in diesem Zusammenhang genannten Projekte vor?
4. Welche weiteren Maßnahmen außer den bisher angekündigten sind dafür vorgesehen?
5. Wann werden die einzelnen Maßnahmen umgesetzt werden?
6. Planen Sie konkrete Maßnahmen Sie zur Wiedereingliederung langfristig Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt?  
Wenn ja, welche?